

Thesen zur Rohstoffpolitik

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Berlin, 9. Februar 2005

Am 16. Dezember 2004 fand im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit auf Einladung von Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch ein *Rohstoffpolitisches Forum* statt, das auf breite Resonanz der deutschen rohstoffgewinnenden und rohstoffverarbeitenden Industrie sowie Behörden und Forschungseinrichtungen stieß. Die in dieser Veranstaltung gehaltenen Vorträge und Schaubilder wurden mittlerweile auf der Homepage des Bundeswirtschaftsministeriums veröffentlicht.

Einführung: Übersicht zur rohstoffwirtschaftlichen Gesamtsituation

Deutschland ist seit vielen Jahrhunderten ein wichtiges Bergbauland. Aufgrund der Erschöpfung von Lagerstätten, der Internationalisierung der Rohstoffgewinnung und des Welthandels, veränderter Strukturen auf den Weltmärkten sowie der Anwendung neuer Gewinnungstechnologien spielen heimische Lagerstätten heute nur noch bei Stein- und Braunkohle, bei der Kali- und Salzgewinnung, Erdgasgewinnung, im Steine- und Erdenbereich sowie bei der Gewinnung von Industriemineralen eine größere Rolle. Bei Erdöl- und Metallerzrohstoffen ist Deutschland hingegen fast vollständig **importabhängig**.

Seit Oktober 2001 sind die **Weltmarktpreise** für viele Energie- und Metallrohstoffe im Schnitt um über 70 Prozent gestiegen. Seit Oktober 2003 ist im Durchschnitt ein Anstieg der Notierungen um etwa ein Drittel zu verzeichnen. Dabei hat der Preisanstieg dieselben Ursachen wie in den vergangenen beiden Jahren:

- Verstärkte Nachfrage von bevölkerungsreichen Ländern wie der VR China und Indien insbesondere bei Öl und Industriemetallen,
- Starke Nachfrage nach Industriemetallen in den USA,

- nahezu vollständige Kapazitätsauslastung der Rohstoffproduzenten durch fehlende Neuinvestitionen und Kapazitätsabbau in den vergangenen Jahren, und
- haussierende Frachtraten aufgrund von Kapazitätsengpässen in der Transport-Infrastruktur.

Da nahezu sämtliche Rohstoffnotierungen in US-\$ erfolgen, federn die derzeitigen Euro/Dollar-Wechselkurse den Preisanstieg für europäische Verbraucher deutlich ab. Unter Berücksichtigung der Wechselkursparität reduziert sich der Preisanstieg seit Oktober 2001 auf weniger als die Hälfte.

Aufgrund der hohen Importabhängigkeit von Erdgas und der nahezu vollständigen Importabhängigkeit bei den Erdöl- und den metallischen Rohstoffen ist die deutsche Wirtschaft seit Jahren bestrebt, ihr Versorgungsrisiko durch geeignete Maßnahmen zu mindern. Allerdings begegnen deutsche Unternehmen und Konzerne seit Anfang der neunziger Jahre der Sicherung des Zugriffs auf Rohstoffquellen durch eigene Beteiligungen an ausländischen Bergbauunternehmen aus finanzstrategischen Überlegungen mit wachsender Zurückhaltung. Mit Ausnahme der weltweiten Zusammenarbeit der deutschen Anlagenbauer auf dem Rohstoffsektor besteht bei der deutschen Bergbau- und Rohstoffindustrie weiterhin der Trend, sich von Bergbaubeteiligungen zu trennen.

Hinsichtlich der zukünftigen **Verfügbarkeit von Rohstoffen** weist die Entwicklung des Reserven/Verbrauchs-Verhältnisses der verschiedenen Rohstoffe über die Zeit darauf hin, dass keine Probleme in der physischen Verfügbarkeit, d.h. keine konkreten Engpässe in der mittleren Zukunft sowohl in Deutschland als auch weltweit zu erwarten sind. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die weltweiten Erdgas-, Erdöl- und Metallerzreserven zu einem erheblichen Teil in politisch sensiblen Regionen befinden. Um das bisherige Gleichgewicht zwischen Reserven und Verbrauch zu halten und damit die zukünftige Verfügbarkeit zu sichern, bedarf es daher sowohl kontinuierlicher Innovations- und Explorationsanstrengungen als auch einer rohstoffpolitischen Flankierung der globalisierten Rohstoffgewinnung. Dies schließt Erkundungsmaßnahmen der Geologischen Dienste, in Deutschland von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), und auf konkrete Gewinnungsvorhaben bezogen von der Industrie der jeweiligen Verbraucherländer mit ein. Auch Deutschland hat als wichtige rohstoffverbrauchende Industrienation an diesen Erkundungsmaßnahmen besonderes Interesse.

Angebotsseitig ist ein wichtiger Aspekt die sogenannte *technische Verfügbarkeit*, die mittelfristig von den vorhandenen Bergwerkskapazitäten bestimmt wird. Hierbei ist das Investitionsverhalten der internationalen Bergwerksgesellschaften dadurch geprägt, nur im unteren Kostendrittel des branchenweiten Vergleichs in Neuanlagen zu investieren und somit Hochkostenproduzen-

ten aus dem Markt zu drängen. Dadurch ergibt sich weltweit ein Trend zur Verbesserung des Kostendurchschnitts mit entsprechenden Auswirkungen für den langfristigen Preistrend. Dies führte während der letzten Jahrzehnte zu einer Fokussierung auf Reicherze und Großlagerstätten. Dies wiederum zog regionale Konzentrationen und damit auch Firmenkonzentrationen nach sich. Die derzeit erhöhte Nachfrage nach Rohstoffen kann im Bereich der Metalle weitgehend aus den bestehenden Bergwerks- und Hüttenkapazitäten befriedigt werden. Entscheidend für die derzeitige Rohstoffpreis-Hausse ist weniger die rege Nachfrage als das **ungewohnt knappe Angebot**. Bei Eisenerz, Kupfer und Nickel ging die Steigerung der Bergwerksproduktion seit 1991 mit einem Verbrauchszuwachs einher. Allerdings wurden kaum Neuinvestitionen getätigt, Produktionssteigerungen wurden mit dem Ausbau bestehender Kapazitäten erzielt. Die Kapazitäten der Öl- und Bergwerksgesellschaften erreichten 1981 – am Ende der letzten großen Rohstoffpreis-Hausse – ihren Höhepunkt. Damals wurden, unterstützt durch staatliche Förderprogramme, sehr große Kapazitäten aufgebaut. Die Neuinvestitionen gingen seit dieser Zeit deutlich zurück, obwohl die Nachfrage kontinuierlich anstieg.

Derzeit sind die meisten Produktionskapazitäten vollständig ausgelastet. Kurzfristige Produktionssteigerungen sind daher kaum mehr möglich. Dies schürt während des derzeitigen Aufschwungs der Weltkonjunktur **Verknappungsbefürchtungen** und hält die Rohstoffnotierungen auf einem hohen Niveau.

Auf den Weltmärkten für mineralische Rohstoffe zeichnet sich derzeit ein **Strukturwandel** ab: Die alte Faustregel, dass 20 Prozent der Menschheit in Europa, den USA und Japan mehr als 80 Prozent der Rohstoffförderung konsumieren, gilt heute nicht mehr. Mit der Integration Indiens, der Volksrepublik China sowie anderen bevölkerungsreichen Schwellenländern in die Weltwirtschaft ist heute über die Hälfte der Weltbevölkerung an der Nachfrage nach Rohstoffen beteiligt. Damit steht die weltweite Rohstoffnachfrage am Beginn einer neuen Wachstumskurve: Mittlerweile entfallen auf die VR China bereits rund 30 Prozent der Weltrohstahlnachfrage und 20 Prozent der Weltnachfrage bei Buntmetallen.

Im marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystem Deutschlands ist es **Aufgabe der Industrie** – nicht der Politik – eine langfristige **Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen** vorzunehmen. Mit Blick auf die Gewährleistung einer möglichst hohen Versorgungssicherheit **unterstützt die deutsche Rohstoffpolitik** die Bemühungen der Industrie beispielsweise mit folgenden Maßnahmen:

- Erhalt und den Ausbau eines diskriminierungsfreien Welthandels mit Rohstoffen.

- Aufrechterhaltung ausgeglichener Wettbewerbsbedingungen.
- Fachliche Rohstoff-Expertise staatlicher Einrichtungen wie z.B. der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), die über Kooperationsvereinbarungen eng mit den großen Rohstoffproduzentenländern – so auch der VR China – zusammenarbeitet und Beratungsleistungen für die deutsche Wirtschaft bereit hält.
- Mitwirkung in internationalen Studiengruppen wie der Copper Study Group, der International Lead and Zinc Study Group sowie der International Nickel Study Group.
- Außenwirtschaftliches Gewährleistungsinstrumentarium der Bundesregierung bei Kapitalanlagen und das staatliche Garantieinstrumentarium wie etwa die Ungebundenen Finanzkredite (UFG) mit Bundesdeckung.
- Politische Flankierung von Auslandsprojekten.

Ergebnisse des Rohstoffpolitischen Forums

Im Folgenden sind die wichtigsten Ideen und Vorschläge in Form von Thesen zusammengestellt, die in den Vorträgen und Diskussionsbeiträgen präsentiert wurden. Im Sinne eines transparenten Meinungsbildungsprozesses möchte das Bundeswirtschaftsministerium alle „Akteure“ der Rohstoffwirtschaft einladen, diese Thesen zu kommentieren, zu erweitern oder ergänzen. Ziel ist es, durch ein **rohstoffpolitisches Maßnahmenpaket** dazu beizutragen, dass sich die deutsche Rohstoffwirtschaft national und international besser positionieren kann. Die Thesen sind als Diskussionsgrundlage zu verstehen und spiegeln noch kein Meinungsbild des Ministeriums wider.

- (1) **Zielgerichtete Bündelung von rohstoffwirtschaftlicher Expertise durch Einrichtung eines BDI-Expertenkreises, in dem die Interessen der Rohstoffverbraucher, der Produzenten, der Rohstoffexploration, der Consultingwirtschaft sowie der Rohstoff-Forschung zusammengeführt werden.**

Hintergrund: Aktuelle Rohstoffthemen werden bislang in zahlreichen verschiedenen Einzelgremien in der Wirtschaft, Forschung, Politik und Verwaltung isoliert erörtert. Beispielsweise führt die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe einmal im Jahr mit der Rohstoffindustrie und der Consultingwirtschaft Austauschsitzen zur gegenseitigen Unterrichtung über rohstoffbezogene Aktivitäten durch. Auch in weiteren Expertengremien wird über rohstoffwirtschaftliche Fragen beraten (GDMB Gesellschaft für Bergbau, Metallurgie, Rohstoff- und Umwelttechnik, Rohstoff-Ausschuss der Wirtschaftsvereinigung Bergbau u.a.).

Sachstand: Vor dem Hintergrund der aktuellen rohstoffwirtschaftlichen Situation sollten diese Aktivitäten gebündelt werden. Für einen rohstoffpolitisch zielgerichteten Know-how-Transfer könnte eine BDI-Arbeitsgruppe Rohstoffe eingerichtet bzw. wieder belebt werden, an der insbesondere auch die rohstoffverarbeitende Industrie teilnehmen und ihre spezifischen Interessen einbringen könnte. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoff-

fe könnte aufgrund ihrer Fachkompetenz und ihrer Interessensneutralität bei der organisatorischen und inhaltlichen Arbeit dieses Gremiums eine Schlüsselrolle übernehmen.

(2) Wissensbasis für rohstoffwirtschaftliche Entscheidungen durch Vergabe einer neutralen Rohstoffstudie verbessern (Arbeitstitel: „Rohstoffprognose 2025“).

Hintergrund: Rohstoffwirtschaftliche Entscheidungen haben in der Regel langfristige Auswirkungen und bergen damit auch langfristige Risiken. In einer von staatlicher Seite in Auftrag gegebenen Studie soll untersucht werden, welche rohstoffwirtschaftlichen Trends für die weltweite Entwicklung von Angebot und Nachfrage in den kommenden 10 bis 20 Jahren (und ggf. darüber hinaus) bereits heute erkennbar sind.

Sachstand: Im Bundeswirtschaftsministerium wurde im Jahr 2004 eine diesbezügliche Projektskizze entworfen. Ein Projektauftrag soll in Kürze ausgeschrieben werden. Die Untersuchungen sollten von einem wirtschaftswissenschaftlichen Institut in enger Kooperation mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe durchgeführt werden.

(3) Voraussetzungen für die Nutzung heimischer Lagerstätten durch konsequente Umsetzung des Maßnahmenpaketes zur Rohstoffsicherung der Wirtschaftsministerkonferenz verbessern.

Hintergrund: Die Wirtschaftsministerkonferenz hat im Dezember 2004 auf der Grundlage eines vom Bund-Länder-Ausschuss Bodenforschung (BLA-Geo) erarbeiteten Vorschlages beschlossen, die Rohstoffsicherung in Deutschland durch ein Maßnahmenbündel zu verbessern. Dadurch soll insbesondere die Nutzung oberflächennaher Rohstoffvorkommen verbessert werden. Im Kern sehen die Maßnahmen vor, die Staatlichen Geologischen Dienste der Bundesländer zu stärken, bessere Voraussetzungen für die Erfassung von Lagerstättendaten zu schaffen und den Stellenwert der Rohstoffsicherung in der Raumplanung zu erhöhen.

Sachstand: Die weitgehend bundeseinheitliche Umsetzung der Maßnahmen werden im Bund-Länder-Ausschuss Bodenforschung (BLA-Geo) koordiniert. Noch im Jahr 2005 sollen Gespräche mit den für die Raumordnung zuständigen Ministerien (auf Bundesebene BMVBW) geführt werden mit dem Ziel, der Rohstoffsicherung beim Vollzug des Raumordnungsgesetzes mehr Gewicht zu verleihen.

(4) Durch regelmäßige Veröffentlichung von Rohstoffsicherungsberichten durch die Landesregierungen mehr Transparenz für die Möglichkeiten zur Rohstoffgewinnung aus heimischen Lagerstätten herstellen.

Hintergrund: Rohstofferkundungsprogramme sind in den meisten Bundesländern in den vergangenen Jahrzehnten zurückgefahren worden. Rohstoffsicherungsberichte werden derzeit nur noch von wenigen Bundesländern in unregelmäßigen Zeitabständen erstellt. Für die langfristige Planung und Investitionsentscheidungen von Rohstoffgewinnungsunternehmen ist die Kenntnis des vorhandenen Lagerstätteninventars eine wichtige Voraussetzung.

Sachstand: Die Staatlichen Geologischen Dienste aller Bundesländer sollten beauftragt werden, entsprechende Untersuchungen durchzuführen und die Ergebnisse zu dokumentieren.

Einzelheiten bezüglich bundeseinheitlicher Kriterien für die Ausgestaltung der Erkundungsarbeiten und der Dokumentation/Veröffentlichung von Rohstoffsicherungsberichten können im Bund-Länder-Ausschuss Bodenforschung abgestimmt werden. Die Berichte sollten auch auf *Best-practice*-Beispiele hinweisen, Probleme bei Genehmigungsverfahren aufzeigen und konkrete Deregulierungsvorschläge zu den bundes- und landesrechtlichen Genehmigungsverfahren enthalten.

(5) Durch Freigabe älterer Explorationsdaten der Industrie bessere Voraussetzungen für neue Erkundungsmaßnahmen mit neuen wissenschaftlichen Konzepten schaffen.

Hintergrund: Anders als in den meisten Industrienationen sind Explorationsdaten der Industrie in Deutschland unbefristet in den Archiven der Staatlichen Geologischen Dienste unter Verschluss und gelten als Betriebsgeheimnisse. Eine Freigabe nach beispielsweise 5 oder 10 Jahren hätte eine Belebung der privatwirtschaftlichen Erkundungsaktivitäten in Deutschland zur Folge, da auch kleinere Junior-Firmen mit innovativen Konzepten und Methoden auf bestehenden älteren Explorationserkenntnissen aufbauen könnten. Erfolgreiche Explorationsergebnisse können wiederum zu einer besseren Ausgangsbasis für die Nutzung heimischer Lagerstättenpotentiale führen.

Sachstand: Die Freigabe von Explorationsdaten würde eine Änderung bzw. Ergänzung einschlägiger Rechtsvorschriften (insbesondere des Lagerstättengesetzes und seiner Ausführungsverordnung) sowie organisatorische Änderungen bei den Archiven der Staatlichen Geologischen Dienste der Bundesländer erforderlich machen. Nähere Einzelheiten sollen zunächst zwischen dem BMWA und den Fachverbänden der Wirtschaft erörtert werden und könnten anschließend ggf. in einem Rechtsgutachten vertieft werden.

(6) Verbesserung des Zugangs von Geodaten aller Art im Rahmen der „Geodateninfrastruktur Deutschland“, GDI-DE.

Hintergrund: Bund und Länder sind derzeit intensiv bemüht, den Zugang zu Geodaten (im weitesten Sinne alle Raumdaten) zu verbessern. Hierzu gehören auch geologische Untergrunddaten des Bundesgebietes einschließlich entsprechender rohstoffrelevanter Informationen.

Sachstand: Auf Bundesebene hat der Interministerielle Ausschuss für das Geoinformationswesen (IMAGI) in den vergangenen Jahren eine Harmonisierung der in verschiedenen Bundesinstitutionen bestehenden Geodaten herbeigeführt. Die laufenden Bemühungen zur Schaffung einer bundesweiten, für jedermann zugänglichen Geodateninfrastruktur werden von einem Lenkungsgremium unter Vorsitz des Bundesinnenministeriums gesteuert. Dem Lenkungsgremium wurde Ende 2004 eine Geoinformations-Wirtschaftskommission (*GIW-Kommission*) unter Leitung des Bundeswirtschaftsministeriums zu Seite gestellt. Mitglieder sind mit Geodaten arbeitende Wirtschaftsunternehmen und Verbände, u.a. auch die Wirtschaftsvereinigung Bergbau. Konkrete Datennutzungsinteressen der Wirtschaft und insbesondere auch der rohstoffgewinnenden Industrie können hier eingebracht werden.

(7) Die Implementierung des Leitgedankens der Nachhaltigen Entwicklung für den Bereich der Rohstoffgewinnung sinnvoll und wettbewerbsneutral weiterentwickeln.

Hintergrund: Im politischen Raum besteht ebenso wie in der Privatwirtschaft ein hohes Maß an Einvernehmen darüber, dass der Leitgedanke der Nachhaltigen Entwicklung in alle Lebensbereiche integriert werden sollte und gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen unter gleichrangiger Abwägung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Kriterien zugrunde gelegt werden sollte. Daraus ergibt sich implizit, dass nachhaltigkeitsfördernde Maßnahmen keine wettbewerbsverzerrenden Konsequenzen haben dürfen.

Sachstand: Die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums im Jahr 2003 erarbeitete Studie zur Nachhaltigkeit in der Rohstoffgewinnung kommt zu dem Ergebnis, dass mit Hilfe eines vergleichsweise einfachen Indikatorensets die Nachhaltigkeit von Rohstoffprojekten quantifiziert werden kann. Mit diesen Datensätzen könnte ein einfach handhabbares *Benchmark-Instrument* entwickelt werden, das geeignet ist, mit minimalem bürokratischen Aufwand die öffentliche Akzeptanz von Rohstoffgewinnungsprojekten erheblich zu verbessern (Einzelheiten s. Studie RWTH Aachen und SKP). Ein wichtiger weiterer Schritt wäre die Erprobung des dabei entwickelten Indikatorensets bei einem oder mehreren Gewinnungsprojekten. Als Anreiz, an einem derartigen Pilotvorhaben teilzunehmen, kommt die Auslobung eines Nachhaltigkeitspreises gemeinsam vom Bund und von der Wirtschaft in Betracht. Das BMWA beabsichtigt, hierzu Gespräche mit den Wirtschaftsverbänden aufzunehmen.

(8) Durch systemanalytische werkstoffwissenschaftliche und verfahrenstechnische Forschungs- und Entwicklungsarbeiten die Materialeffizienz fördern.

Hintergrund: In den vergangenen Jahrzehnten ist es der rohstoffverarbeitenden Industrie gelungen, mit immer weniger Material (und infolgedessen mit immer weniger Rohstoffverbrauch) Produkte herzustellen. Zahlreiche Untersuchungen der letzten Jahre beschäftigen sich mit der Frage, wie dieser kontinuierliche Prozess, der von der Industrie ohnehin unter Kostenminimierungsgesichtspunkten ständig vorangetrieben wird, weiter unterstützt werden kann.

Sachstand: Aufbauend auf den bestehenden Untersuchungen sollte ein Forschungsvorhaben durchgeführt werden, in dem der bisherige Kenntnisstand zu Fragen der Materialeffizienz zusammengefasst wird, *Best-practice*-Beispiele dargestellt sowie rohstoffspezifisch die Perspektiven und insbesondere die ökonomischen Chancen und Risiken weiterer Effizienzsteigerungen untersucht werden.

(9) Akzentuierung der Rohstoff-Forschung insbesondere auf folgenden Gebieten:

- **Explorationsmethoden**
- **Lagerstätten-genese**
- **Umweltauswirkungen von Rohstoffgewinnungsvorhaben**
- **Materialwissenschaften**
- **Kreislaufwirtschaft und Stoffströme**
- **Infrastruktur / Logistik.**

Hintergrund: Im Rahmen ihres Beitrages zur wissenschaftlich-technischen Infrastruktur führen die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die Staatlichen Geologischen Dienste der Länder sowie verschiedene Forschungsinstitute lagerstättenkundliche und rohstoffwirtschaftliche Forschungsarbeiten durch. Im Hochschulbereich ist diesbezüglich allerdings ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen: Trotz wachsender gesellschaftspolitischer Bedeutung der Rohstoffversorgung werden geowissenschaftliche und rohstoffwirtschaftliche Studiengänge aus finanzpolitischen Überlegungen der Landesregierungen geschlossen.

Sachstand: Die rohstoffwirtschaftlichen Akteure in der Wirtschaft und Politik sollten sich gegenüber der Forschungspolitik der Länder für den Erhalt der rohstoffbezogenen Forschungs- und Ausbildungskapazitäten einsetzen. Die Mittel für die Hochschulvergabe von lagerstättenkundlichen Projekten durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sollten erhalten oder könnten ggf. aufgestockt werden.

(10) Handelspolitische Initiativen / Interventionen gegen Wettbewerbsverzerrungen (im Rahmen der WTO und bilateral).

Hintergrund: Die metallverarbeitende Industrie hat auf dem *Rohstoffpolitischen Forum* und in Gesprächen im Bundeswirtschaftsministerium Klage über wettbewerbsverzerrende Maßnahmen, insbesondere von Seiten Chinas, geführt.

Sachstand: Gemeinsam mit ihren EU-Partnern setzt sich die Bundesregierung bereits seit vielen Jahren bei der WTO nachdrücklich für einen diskriminierungsfreien Welthandel ein. Wettbewerbsverzerrungen und protektionistischen Maßnahmen wird nachgegangen, sofern entsprechende Verstöße eindeutig nachweisbar sind. Im Rahmen der Doha-Runde bemühen sich Bundesregierung und EU um einen Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen wie z.B. Exportzöllen. Eine Abschottungspolitik für eigene (insbesondere Sekundärmaterial-) Ressourcen erscheint daher nicht angebracht; sie wäre auch nicht zielführend. Der 2004 begonnene *Industrial Policy Dialogue* zwischen der EU und China sollte fortgeführt werden mit dem Ziel, die chinesische Staatswirtschaft zur Beseitigung wettbewerbsverzerrender Maßnahmen vor allem im Metallhandel zu bewegen. Wettbewerbsverzerrungen werden sowohl im Rahmen der EU als auch bilateral mit den betroffenen Ländern erörtert. Im übrigen können Rohstoffversorgungsgesichtspunkte in einzelnen Antidumpingverfahren eine Rolle spielen.

(11) Erkundungsarbeiten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Frontier-Gebieten mit Blick auf spätere rohstoffwirtschaftliche Zielsetzungen (z.B. Meeresforschung, Erforschung entlegener Regionen Sibiriens) fortführen bzw. forcieren.

Hintergrund: Aufgabe der BGR ist es unter anderem, bei der Prospektion ausländischer Lagerstätten mitzuwirken. Sie soll insbesondere Vorschläge zur Aufsuchung mineralischer Rohstoffe im Ausland ausarbeiten und darüber hinaus die Prospektionsarbeiten deutscher Unternehmen durch den Einsatz ihrer Experten unterstützen (so festgelegt im *Erlass des Bundesministers für Wirtschaft vom 2. Juli 1970*). Diese flächenhaft angelegten Erkundungsarbeiten im Vorfeld der deutschen Rohstoffwirtschaft haben insbesondere in den siebziger und achtziger Jahren zu großen Erfolgen geführt: Die Gewinnung von Rohstoffen aus zahlreichen Offshore-Lagerstätten deutscher und europäischer Unternehmen geht z. T. maßgeblich auf entsprechende Vorarbeiten der BGR zurück.

Sachstand: Mit Blick auf langfristigen Know-how-Erhalt hat die BGR auf Bitte des Bundeswirtschaftsministeriums im Jahr 2004 das Archiv der Arbeitsgemeinschaft Meerestechnisch gewinnbarer Rohstoffe (AMR) übernommen. Beabsichtigt ist im Jahr 2005 die Beantragung einer Konzession bei der Internationalen Meeresbodenbehörde zur Erkundung von Rohstoffpotentialen in der Tiefsee. Im Rahmen von marinen Forschungs Expeditionen werden die Kontinentalhänge auch mit Blick auf mögliche spätere rohstoffwirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten erforscht. Die Bundesanstalt leistet damit einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Rohstoffsicherung im Vorfeld kommerzieller Aktivitäten.

(12) Öffentlich-private Projektpartnerschaften auf dem Gebiet der Rohstofferkundung und Rohstoffgewinnung fördern.

Hintergrund: Bei zahlreichen rohstoffwirtschaftlichen Aktivitäten erscheint es sinnvoll, mit Blick auf Synergieeffekte privatwirtschaftliche Expertise und Know-how von Behörden- und Forschungseinrichtungen zu bündeln. Häufig scheitern öffentlich-private Projektpartnerschaften an einschlägigen Regelungen der Bundeshaushaltsordnung.

Sachstand: Im Rahmen einer Flexibilisierungsinitiative des Bundeswirtschaftsministeriums wurde und wird weiterhin im Bereich der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe nach Möglichkeiten gesucht, entsprechende Hemmnisse zu beseitigen. Besonders dort, wo konkrete (rohstoff-)politische Interessen Deutschlands bestehen, sollten durch flexible Anwendung der einschlägigen Vorschriften des Haushaltsrechtes öffentlich-private Projektpartnerschaften auch kurzfristig ermöglicht werden können.

(13) Rückwärtsintegration bzw. Upstream-Diversifikation der rohstoffverarbeitenden Industrie durch Eigenkapitalbeteiligungen, Einzelprojekte oder Finanzierungsbeteiligungen mit langfristigen Lieferverträgen.

Hintergrund: Wie eingangs erwähnt liegt die Verantwortung für die Sicherung der Rohstoffversorgung bei der Wirtschaft. Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren geprägt von einer andauernden ungestörten Rohstoff-Versorgungslage. Der Rohstoffbedarf konnte von den Nachfragern problemlos und vor allem risikofrei an den internationalen Märkten gedeckt werden. Dies führte längerfristig zu unternehmerischen Entscheidungen, Beteiligungen an Rohstoffgewinnungsprojekten abzustoßen. Dies vor allem, da Rohstoffprojekte aufgrund vergleichsweise längerer Amortisationszeiten finanzielle Rückflüsse in der Regel erst nach längeren Zeiträumen ermöglichen. Durch die gestiegenen und voraussichtlich anhaltend hohen Rohstoffpreise (zur Rohstoff-Prognose s. Ziff. 2) dürften sich die *Pay-back-Perioden* von Rohstoffprojekten verringern und zu einem Paradigmenwechsel bei unternehmerischen Entscheidungen führen – sofern sich hier entsprechende „Akteure“ finden oder aufgebaut werden können.

(14) Verstärkte Nutzung des staatlichen Garantieinstrumentariums, insbesondere der vom Bund gedeckten Ungebundenen Finanzkredite („Rohstoff-UFKs“) zur Absicherung von Rohstoffprojekten im Ausland gegen politische (und ggf. wirtschaftliche) Risiken.

Hintergrund: Ungebundene Finanzkredite mit Bundesdeckung haben sich in den vergangenen Jahren als zwar selten genutztes, aber dennoch sehr erfolgreiches rohstoffpolitisches

Instrument bewährt. Sie ermöglichten u.a. qualitativ hochwertige und durch langfristige Lieferverträge abgesicherte Rohstoffbezüge für die metallrohstoffverarbeitende Industrie.

Sachstand: Bedauerlicherweise wurden UFKs mit Bundesdeckung in den vergangenen Jahren (aus den unter Ziff. 13 genannten Gründen) immer weniger genutzt, so dass im Kreise der zuständigen Bundesressorts vor einiger Zeit grundsätzlich über den Erhalt dieses rohstoffpolitischen Instrumentes diskutiert wurde. Unter den aktuellen rohstoffwirtschaftlichen Bedingungen sollte industrieseitig geprüft werden, ob durch geeignete Projektvorschläge Beiträge zur nachhaltigen Sicherung von Rohstoffbezügen geleistet werden kann.

Auch eine Wiederbelebung des Explorationsförderprogramms der Bundesregierung¹⁾ könnte unter Umständen in Betracht gezogen werden, sofern hierfür industrieseitig konkrete Projektvorschläge vorgelegt werden.

(15) Industrieseitig Prüfung der Frage, ob die Gründung einer Deutschen Rohstoff-Beteiligungsgesellschaft durch Rohstoffverarbeiter, Anlagenbauer, Handelsgesellschaften und Banken zu einer besseren Positionierung Deutschlands im internationalen Rohstoffgeschäft beitragen kann.

Hintergrund: In verschiedenen Beiträgen im *Rohstoffpolitischen Forum* wurde darauf hingewiesen, daß die aktuellen Probleme insbesondere der metallverarbeitenden Industrie in der unerwartet stark gestiegenen Rohstoffnachfrage bevölkerungsreicher Schwellenländer und besonders Chinas liege („Staubsaugereffekt“), sich diese Länder aber gleichzeitig intensiv mit Kapitalbeteiligungen im internationalen Bergbau einkauften, um sich langfristige Rohstoffbezüge für die stark wachsende industrielle Produktion zu sichern. Staatswirtschaften wie China seien hier im Vorteil. Deutschen rohstoffverarbeitenden Unternehmen fehle hingegen die Kapitalkraft, in ähnlicher Weise zu agieren.

Sachstand: Dass sich neue Rohstoffkonzerne auch in marktwirtschaftlichen Strukturen unter aktuellen Rahmenbedingungen erfolgreich bilden und an den Weltmärkten betätigen können, zeigen aktuelle Beispiele (Mittal-Gruppe/London im Stahlbereich, Xstrata / Schweiz mit einer breiten Rohstoffpalette). In diesem Zusammenhang stellt sich für die Wirtschaft die Frage, ob eine kapitalstarke deutsche Finanzierungs-Holding in ähnlicher Weise operieren könnte. Dabei könnten ggf. Rohstoffbezugs- und Anlagen-Lieferinteressen synergetisch zusammengeführt werden.

¹⁾ Von 1971 bis 1990 unterstützte die Bundesregierung die deutsche Rohstoffwirtschaft durch das Explorationsförderprogramm: Deutsche Unternehmen bekamen in der Regel 50 % der jeweils angefallenen Explorationsaufwendungen im In- und Ausland als bedingt rückzahlbare Darlehen. Mit 142 Erfolgsfällen von insgesamt 410 geförderten Projekten kann das Programm rückblickend im Vergleich zu ähnlichen Programmen als Erfolg gewertet werden – auch wenn deutsche Unternehmen die Ende der achtziger Jahre starke Position der deutschen Rohstoffwirtschaft im internationalen Bergbau mittlerweile aufgegeben haben. Das Explorationsförderprogramm hatte ein Gesamt-Finanzvolumen von 268 Mio. €; etwa ein Viertel dieser Summe wurde aufgrund des später eingetretenen Erfolgs (Beginn der Rohstoff-Förderung oder Verkauf der Assets) an den Bund zurückerstattet.